



Forschungsergebnisse

Gewerbesteuern bremsen Innovationen

Schwerpunkt Digitalisierung

Mangelnde digitale Souveränität gefährdet Wettbewerbsfähigkeit

Standpunkt

Mehr Europa wagen

Foto: ©LuckyBusiness/stock.adobe.com

Ehrenamtliche tragen zur Integration von Geflüchteten in Deutschland bei

Die deutsche Zivilgesellschaft hat nach dem Herbst 2015 bei der Integration von Geflüchteten eine wichtige Rolle gespielt. In Landkreisen, wo mehr Ehrenamtsgruppen aktiv waren, kamen Geflüchtete häufiger in Kontakt mit Deutschen, verfügen über bessere Deutschkenntnisse und berichten über eine höhere Lebenszufriedenheit. Das sind die Ergebnisse einer aktuellen Analyse des ZEW Mannheim.

Frauen und Geflüchtete mit niedrigem Bildungsstand profitieren der Studie zufolge besonders stark von ehrenamtlichen Strukturen vor Ort. Frauen und Menschen ohne Schulabschluss gehören zu jenen Gruppen, die sich im Bildungssystem und auf dem Arbeitsmarkt besonders schwer tun. Nach ihrer Flucht sind diese besonders auf ein funktionierendes Hilfsnetzwerk vor Ort angewiesen, erklären die Autoren/-innen der Studie.

Geflüchtete mit Hochschulabschluss hingegen finden dort, wo es viel Unterstützung von Ehrenamtlichen gibt, im Durchschnitt besser bezahlte Arbeitsstellen. Darüber hinaus kann die Studie allerdings keinen Zusammenhang zwischen Flüchtlingshilfe und Arbeitsmarkterfolg feststellen, erklären die Autoren/-innen die Ergebnisse. Dies kann unter anderem daran liegen, dass Geflüchtete sich zunächst auf den Spracherwerb konzentrieren und Arbeitsmarkteffekte erst nach drei bis vier Jahren sichtbar werden. Außerdem hängt der Erfolg bei der Stellensuche vermutlich stärker vom regionalen Arbeitsmarkt ab als von ehrenamtlichem Engagement.

Neben der Vermittlung von Jobs oder Sprachkompetenzen ist ein aktives Vereinswesen auch mit einer stärkeren Unterstützung bei der Wohnungssuche und der Sicherung der finanziellen Situation verbunden. Die Ergebnisse der Studie deuten darauf

hin, dass Geflüchtete über den Kontakt zu Einheimischen besseren Zugang zu sozialstaatlichen Leistungen erhalten, so ein Fazit der Autoren/-innen. Ehrenamtliches Engagement und öffentliche Hilfsangebote ergänzen einander also.

Zivilgesellschaftliches Engagement nahm nach 2015 zu

Zum letztenmaligen Höhepunkt der Fluchtmigration im Herbst 2015 hatten – verbunden mit dem Begriff „Willkommenskultur“ – zahlreiche Vereine und andere bestehende Ehrenamtsgruppen die ankommenden Menschen unterstützt. Außerdem gründeten sich viele neue Initiativen. So zählt der repräsentative Ziviz-Survey für das Jahr 2016 etwa 90.000 zivilgesellschaftliche Organisationen in der Flüchtlingshilfe, die rund 15 Prozent der

gesamten Zivilgesellschaft ausmachen. Schätzungen zufolge engagierten sich drei bis vier Jahre nach 2015 immer noch drei bis sechs Millionen Menschen in diesem Bereich. Die Ehrenamtlichen unterstützen mit einer großen Bandbreite von Aktivitäten, die von gemeinsamen Freizeitangeboten und Sprachunterricht über Beratung in Alltagsfragen und Begleitung bei Behörden-gängen bis hin zu Unterstützung bei Bewerbungen und Jobsuche reicht. Die Neugründung der Hilfsvereine verwendete das ZEW-Wissenschaftsteam als Indikator für aktive Unterstützung für Geflüchtete. Der Zusammenhang zwischen Vereinsgründung am Wohnort und das tatsächliche Engagement für Geflüchtete erwies sich dabei als statistisch signifikant.

Download der Studie: www.zew.de/PU82981

Paul Berbée, paul.berbee@zew.de

Bessere Energieeffizienz von Gebäuden könnte Menschenleben retten

Umfangreiche Investitionen in die Energieeffizienz von Gebäuden wirken sich positiv auf die Gesundheit aus. Die Investitionen umfassen Elektrogeräte, Beleuchtung, Raumbeheizung und -kühlung, Warmwasserbereitung und Gebäudehülle. Bis zum Jahr 2050 könnten zwischen sechs bis elf Prozent Kohlendioxid, vier bis elf Prozent Schwefeldioxid und 18 bis 25 Prozent Feinstaub eingespart werden, wie eine aktuelle Studie des ZEW mit der Yale University am Beispiel der Vereinigten Staaten berechnet hat.

Die Studie zeigt, dass sich die Qualität der Außenluft stark verbesserte, was sich wiederum positiv auf die Gesundheit der US-Amerikaner/innen auswirken würde. Essenziell ist es indes, zusätzlich noch in die Verbesserung der Raumluft, beispielsweise durch entsprechende Filter, zu investieren. Kombiniert man beide Maßnahmen, könnten der Studie zufolge zwischen 2.900 und 5.100 Todesfälle im Jahr verhindert werden. Zwar haben die Autoren für die vorliegende Studie ausschließlich Daten für die Vereinigten Staaten betrachtet. Dennoch ist die qualitative Erkenntnis wahrscheinlich auf Deutschland übertragbar: Mehr Maßnahmen zur Verbesserung der Energieeffizienz von Gebäuden, bessere Aufbereitung der Raumluft und ein stärkeres Beachten von Emissionen in Innenräumen retten Menschenleben.

Bauliche Maßnahmen, die die Außenwände von Gebäuden abdichten, um so die Energieeffizienz zu erhöhen, führen zu Energieeinsparungen. Wird weniger Energie zum Heizen benötigt, verringern sich die Schadstoffemissionen bei der Energieerzeugung. Diese baulichen Maßnahmen haben jedoch einen Nachteil: Sie dichten die Gebäudewände nach außen hin ab und behindern so den Luftaustausch zwischen Drinnen und Draußen. In der Folge kann die Schadstoffbelastung der Raumluft aus Quellen innerhalb des Gebäudes zunehmen. Dies kann die Gesundheit der Bewohnenden beeinträchtigen – vor allem wenn



Foto: ©escapejaja/stock.adobe.com

man bedenkt, dass US-Amerikaner/innen 87 Prozent des Tages in Innenräumen verbringen.

Der gesundheitliche Nutzen der Maßnahmen, die die Energieeffizienz von Gebäuden steigern sollen, hängt davon ab, wie umfangreich die Maßnahmen sind. Das ZEW betrachtet in seiner Analyse zwei verschiedenen Szenarien: ein „mittleres“ mit Effizienzsteigerungen von 20 Prozent bei der Bauausrüstung und 40 bis 60 Prozent bei der Verkleidung sowie ein „ambitioniertes“ mit Effizienzsteigerungen von 50 Prozent bei der Bauausrüstung und 60 bis 90 Prozent bei der Verkleidung. Die Untersuchung basiert auf dem National Energy Modeling System (NEMS). Dies ist die erste Studie für die Vereinigten Staaten, die die Auswirkungen einer besseren Qualität nicht nur der Außenluft, sondern auch der Raumluft auf die Gesundheit der Bürger/innen einbezieht.

Download der Studie: www.zew.de/WS51

Pei Huang, PhD, pei.huang@zew.de

Erhöhung der Gewerbesteuern bremst Innovationen in Deutschland

Eine Erhöhung der Gewerbesteuer wirkt sich negativ auf die Innovationskraft von Unternehmen sowie auf das Wirtschaftswachstum in Deutschland aus. Forschung und Entwicklung (FuE) werden im Zuge höherer Belastungen reduziert. In der Folge schrumpft auch die Anzahl angemeldeter Patente und damit die Konkurrenzfähigkeit im internationalen Wettbewerb.

Zu diesem Ergebnis kommt ein internationales Wissenschaftsteam, das die hemmenden Wirkungen von sich ändernden Gewerbesteuerhebesätzen über einen Zeitraum von knapp drei Jahrzehnten betrachtet hat. Auf der Basis von geokodierten Paneldaten, die annähernd die Grundgesamtheit des Universums der FuE-aktiven Betriebe in Deutschland abdeckt, analysierten die Wissenschaftler/innen rund 7.300 Änderungen des Gewerbesteuerhebesatzes über den Zeitraum 1987 bis 2013.

Ihre Hauptdatenquelle war dabei die FuE-Erhebung, die der Stifterverband im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung zweijährlich durchführt. Die Erhebung enthält detaillierte Informationen über die gesamten FuE-Ausgaben der Unternehmen, aufgeteilt in mehrere Kategorien wie etwa intern und extern durchgeführte FuE, Personal- und Nicht-Personal-FuE-Ausgaben. Weiterhin enthält sie Informationen über das FuE-Personal sowie über Größe, Branchenzugehörigkeit und Organisationsstruktur der Unternehmen.

Hinzu kamen Daten des Europäischen Patentamts zur Anzahl der Patente der einzelnen Unternehmen, Daten von Bureau van Dijk zur finanziellen Situation der Unternehmen sowie Informationen des Statistischen Bundesamts zu regionalen Unternehmenssteuersätzen.

Bei steigenden Unternehmenssteuern sinken die FuE-Ausgaben

Die Wissenschaftler/innen stellen fest: Bei steigenden Steuern für Unternehmen sinken deren Ausgaben für FuE. Steigt der örtliche Gewerbesteuerhebesatz um ein Prozent, so nehmen die FuE-Ausgaben laut ZEW-Studie um 1,25 Prozent ab.

Der Effekt ist unabhängig von der Betriebsgröße, fällt aber stärker für liquiditätsbeschränkte Unternehmen aus. Hier lohnt es sich für die Politik genauer hinzuschauen, denn oft werden spezielle Steueranreize an die Betriebsgröße gekoppelt. Die 2019 in Deutschland eingeführte Forschungszulage steht prinzipiell allen forschenden Unternehmen zur Verfügung und ist in dieser Hinsicht gut ausgestaltet.

Die Studie zeigt auch, dass eine direkte steuerliche Förderung von FuE effizienter ist als eine einfache Senkung der Gewinnsteuern für Unternehmen. Da auch nicht forschende Unternehmen Steuern auf ihren Gewinn zahlen, würde eine Verringerung von Körperschafts- oder Gewerbesteuern zwar positive Innovationsimpulse setzen, aber gleichzeitig zu relativ großen Einnahmeausfällen führen. Mithilfe spezieller steuerlicher Förderung könnte der gleiche Innovationsimpuls zu geringeren fiskalischen Kosten erreicht werden.

Höhere Steuern – weniger Innovationen – weniger Wirtschaftswachstum

Zusätzlich belegt die Studie, dass es sich negativ auf das Wirtschaftswachstum insgesamt auswirkt, wenn sich Betriebe steuerbedingt aus ihren Forschungsaktivitäten zurückziehen. Weniger Innovationen führen zu weniger Patenten – die ZEW-Studie quantifiziert diesen Effekt und zeigt, dass bei der oben erwähnten einprozentigen Zunahme des Gewerbesteuerhebesatzes nicht nur die FuE-Ausgaben zurückgehen, sondern auch der Innovationsoutput gemessen an der Anzahl der Patente, und zwar um 0,9 Prozent. Dies führt demnach zu einem Verlust von Wettbewerbsvorsprung. Das lässt sich auch beziffern: Allein die steuerbedingten Verringerungen der Innovationen erklären etwa acht Prozent des gesamten negativen BIP-Effekts, der mit einer Erhöhung der lokalen Unternehmenssteuern einhergeht, zeigt die ZEW-Studie.

Download der Studie in englischer Sprache:
www.zew.de/PU82907

Prof. Dr. Sebastian Sieglösch, sebastian.sieglösch@zew.de

INHALT

Ehrenamtliche tragen zur Integration von Geflüchteten in Deutschland bei	1
Bessere Energieeffizienz von Gebäuden könnte Menschenleben retten	2
Erhöhung der Gewerbesteuern bremst Innovationen in Deutschland	3
Ankündigung zu öffentlichem Country-by-Country-Reporting verursacht Wertverlust	4

Schwerpunkt Digitalisierung	5
Nachgefragt: Was macht den ZEW-Index besonders.....	8
30 Jahre ZEW	9
ZEW intern	10
Daten und Fakten, Termine.....	11
Standpunkt	12

Bereits die Ankündigung einer vorläufigen Einigung zur Einführung einer öffentlichen länderbezogenen Berichterstattung in der EU hatte zu deutlichen Reaktionen am Kapitalmarkt geführt.



Foto: © Viktor_Gladkov/iStockphoto.com

Ankündigung zu öffentlichem Country-by-Country-Reporting verursacht Wertverlust

Europäische Konzerne sind künftig verpflichtet, ihre länderbezogenen Erträge und Ertragssteuern zu veröffentlichen („Country-by-Country-Reporting“ oder kurz „CbCR“). Einem entsprechenden Richtlinienentwurf hat das Parlament der Europäischen Union (EU) im November zugestimmt. Ziel der Offenlegung ist die Aufdeckung und Eindämmung von Steuervermeidungspraktiken. Eine aktuelle Studie des ZEW in Zusammenarbeit mit der Universität Mannheim untersucht nun die Reaktion der Kapitalmärkte auf die Ankündigung der EU, ein öffentliches steuerliches Country-by-Country-Reporting einzuführen.

Bereits die Ankündigung einer vorläufigen politischen Einigung zur Einführung einer entsprechenden Richtlinie am 1. Juni 2021 hatte zu deutlichen Reaktionen am Kapitalmarkt geführt: So haben die Wissenschaftler bis zu zwei Tage nach der Ankündigung kumulierte durchschnittliche abnormale Renditen zwischen -0,499 und -0,699 Prozent nachgewiesen. Dies entspricht einem Wertverlust der Unternehmen zwischen 48 und 65 Milliarden Euro.

Wie die Studie nahelegt, erwarten Anleger, dass die Risiken die potenziellen Vorteile der umfangreichen Offenlegungspflicht überwiegen. Da die nun zu veröffentlichenden Informationen bereits seit 2016 vertraulich an die Steuerbehörden gemeldet werden müssen, schließen die Autoren aus, dass die Kosten für die Einhaltung der Berichtspflicht und zielgenauere Betriebsprüfungen durch die Steuerbehörden Grund für die Reaktion der Anleger sind. Stattdessen identifizieren sie zwei Gründe: Reputationschäden und Wettbewerbsnachteile gegenüber konkurrierenden Unternehmen, die nicht von der neuen Offenlegungspflicht betroffen sind.

Die Ergebnisse deuten darauf hin, dass die Anleger tatsächlich Reputationsrisiken für die von der neuen Offenlegungspflicht betroffenen Unternehmen erwarten. So sind deutlich stärkere negative Anlegerreaktionen für Unternehmen mit niedrigeren effektiven Steuersätzen erkennbar, also Unternehmen,

die – gegebenenfalls auch ungerechtfertigterweise – im Verdacht stehen könnten, Steuerzahlungen zu vermeiden. Weiterhin gibt es Indizien dafür, dass die Anleger mögliche Wettbewerbsverzerrungen einpreisen, die sich aus dem CbCR ergeben könnten. Die Anlegerreaktionen sind erheblich stärker für Unternehmen, die in Branchen tätig sind, in denen die Zahl der operierenden Unternehmen in den vergangenen Jahren stark gestiegen ist.

Country-by-Country-Reporting als Maßnahme zur Eindämmung aggressiver Steuervermeidung

Die Idee, große multinationale Unternehmen zu verpflichten öffentlich darzulegen, in welchem Land sie wie viel Gewinn erwirtschaften und Steuern zahlen, wurde in der EU erstmals 2016 diskutiert. Das Country-by-Country-Reporting soll helfen zu verhindern, dass Unternehmen Steuern vermeiden, indem sie Gewinne in Länder mit niedrigen Steuersätzen verlagern, etwa nach Irland oder Luxemburg. Bisher war eine Offenlegung dieser länderbezogenen Kennzahlen nur gegenüber den Steuerbehörden verpflichtend.

Nach verschiedenen Versuchen, ein öffentliches Country-by-Country-Reporting einzuführen, kamen die Diskussionen wieder in Schwung, als im Januar 2021 die portugiesische Ratspräsidentschaft einen Entwurf für ein öffentliches Country-by-Country-Reporting veröffentlichte. Dieser sieht vor, dass Unternehmen mit einem weltweiten Jahresumsatz von mindestens 750 Millionen Euro ihre Gewinne bzw. Verluste und Ertragssteuern auf Länderebene offenlegen müssen. Die EU-Mitgliedsstaaten sind nun verpflichtet, die Richtlinie innerhalb von 18 Monaten in nationales Recht umzusetzen.

Download der Studie in englischer Sprache:

www.zew.de/PU82885

Raphael Müller, raphael.mueller@uni-mannheim.de
Prof. Dr. Christoph Spengel, spengel@uni-mannheim.de
Stefan Weck, stefan.weck@zew.de



Schwerpunkt DIGITALISIERUNG

Mangelnde digitale Souveränität gefährdet Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen

Es mangelt an „digitaler Souveränität“ in Deutschland und Europa. Dies gefährdet die künftige Handlungsfähigkeit sowie die Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft und ihren europäischen Partnern, wie eine umfassende Bestandsaufnahme der bestehenden Literatur und eine repräsentative Unternehmensbefragung des ZEW zeigen. Im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie hat das ZEW mehr als 1.200 Unternehmen aus Informationswirtschaft und verarbeitendem Gewerbe befragt.

Mehr als 80 Prozent der deutschen Unternehmen, so die Umfrageergebnisse, fühlen sich technologisch abhängig von nicht-europäischen Anbietern und Partnern. Wie kritisch dies sein kann, zeigt die immer wieder aufflammende Diskussion über Sicherheitsbedenken mit Blick auf chinesische Anbieter sowie die monopolartige Stellung einiger US-Digitalunternehmen. Zudem können Lieferengpässe bei Halbleitern zu erheblichen Pro-

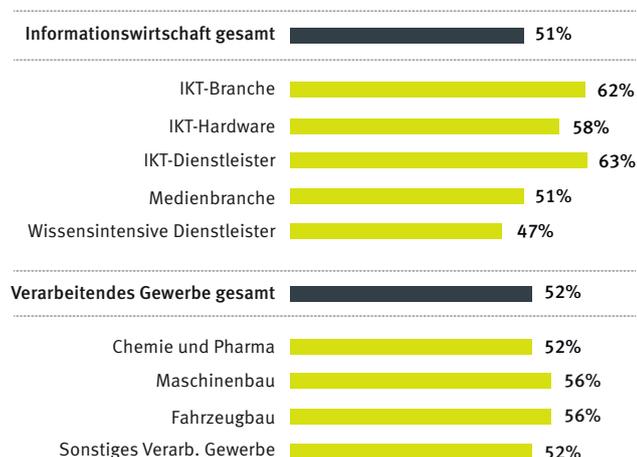
duktionsausfällen führen. Was also läge näher, als auf europäische Anbieter auszuweichen? Doch Fehlanzeige – die befragten Unternehmen nennen als häufigste Gründe für die bestehende Abhängigkeit das grundsätzliche Fehlen einer Alternative innerhalb der Europäischen Union oder die Überlegenheit anderer, außereuropäischer Anbieter. Daher ist die Beseitigung bestehender Abhängigkeiten in verschiedenen Technologiefeldern aus Sicht der deutschen Wirtschaft zukunftsentscheidend.

Verfügbarkeit von digitalen Technologien in Unternehmen stärken

Auf Basis der bestehenden Literatur zeigt sich, dass eine digital souveräne Wirtschaft die Verfügbarkeit von und den Zugang zu geeigneten digitalen Technologien und Daten benötigt. Dies wird sichergestellt, indem digitale Technologien entweder im eigenen Land produziert werden oder indem der Zugang zu diesen, auch in Krisenzeiten, abgesichert ist. Dafür sind Herstellungs- und Entwicklungskompetenzen von deutschen und europäischen Unternehmen in relevanten Technologiefeldern und bei Schlüsseltechnologien von zentraler Bedeutung. Nur so können die Verfügbarkeit von Technologien gewährleistet und die Digitalisierung der Wirtschaft im Sinne europäischer Rechts- und Wertevorstellungen mitgestaltet werden.

Eine vollständige Unabhängigkeit im Sinne einer Autarkie in allen (Technologie-)Bereichen und ausschließlich im eigenen Land produzierter Lösungen (d.h. Protektionismus) ist unter digitaler Souveränität allerdings nicht zu verstehen. Vielmehr geht es um die Fähigkeit, die digitale Transformation mit Blick auf Hardware, Software, Dienstleistungen sowie Kompetenzen selbstbestimmt zu gestalten. Bisher kennt nur jedes zweite deutsche Unternehmen den Begriff „digitale Souveränität“. Nichtsdestotrotz messen die Unternehmen dem Thema langfristig eine hohe Bedeutung zu. Insbesondere die Datenhoheit stufen 90 Prozent der Unternehmen in der Informationswirtschaft und 84 Prozent im verarbeitenden Gewerbe als wichtig ein.

BEKANNTHEIT DES BEGRIFFS „DIGITALE SOUVERÄNITÄT“ (ANTEIL DER UNTERNEHMEN, DIE DEN BEGRIFF KENNEN)





Die Befragung zeigt weiter, dass sich mehr als 80 Prozent der Unternehmen technologisch abhängig von nicht-europäischen Anbietern oder Partnern fühlen. Große Unternehmen empfinden sich tendenziell abhängiger als kleine Unternehmen, die eher die Anbieter flexibel wechseln können und seltener außereuropäische Partner haben.

Als häufigste Gründe für die bestehende Abhängigkeit nennen Unternehmen das grundsätzliche Fehlen einer Alternative innerhalb der Europäischen Union oder die Überlegenheit anderer Anbieter. In den relevanten Technologiefeldern und Schlüsseltechnologien müssen deutsche und europäische Unternehmen Herstellungs- und Entwicklungskompetenzen aufbauen.

Das sei von zentraler Bedeutung, um die Digitalisierung der Wirtschaft im Sinne europäischer Rechts- und Wertevorstellungen mitzugestalten, konstatieren die Autoren/-innen. Bislang plant lediglich etwa ein Viertel der Befragten Maßnahmen, um die eigene Abhängigkeit zu reduzieren. Es fehlen Alternativen

oder das Wissen um mögliche Ansätze, wie Open-Source-Lösungen. Um die digitale Souveränität Deutschlands und Europas zu stärken, gilt es Informationsdefizite abzubauen und die dynamischen Risiken von Abhängigkeiten im Blick zu behalten. Deutschland sollte auf bestehende Stärken aufbauen und insbesondere in Schlüsseltechnologien der Zukunft wie Quantencomputer, Künstliche Intelligenz und IT-Sicherheit investieren. Projekte wie die europäische Cloud- und Daten-Infrastruktur GAIA-X sollten zeitnah umgesetzt werden. Auch der regulatorische Rahmen und gesellschaftliche Faktoren müssten gestärkt werden, so das Fazit der Autoren/-innen. Digitale Kompetenzen sind essenziell und müssen auf- und ausgebaut werden, um digital souverän zu handeln.

Download der Studie: www.de.digital/DIGITAL/Redaktion/DE/Digitalisierungsindex/Publikationen/publikation-download-schwerpunkt-digitale-souveraenitaet-2021.html

Dr. Mareike Seifried, mareike.seifried@zew.de

Die deutsche Wirtschaft wird aufgrund besserer Rahmenbedingungen digitaler

Die Wirtschaft in Deutschland ist fast durchgängig digitaler als noch 2020. Zu diesem Ergebnis kommt der Digitalisierungsindex 2021, der jährlich als Teil des Projekts „Entwicklung und Messung der Digitalisierung der Wirtschaft am Standort Deutschland“ errechnet wird. Durchgeführt wird dieses im Auftrag des

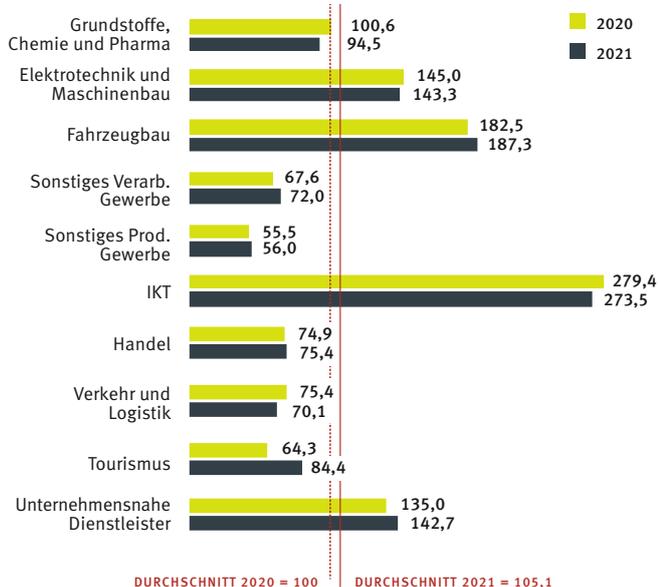
Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie von einem Projektkonsortium, bestehend aus dem ZEW Mannheim (Konsortialführer), dem Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V., dem Institut der deutschen Wirtschaft Köln Consult GmbH, dem Forschungsinstitut für Rationalisierung e.V. an der RWTH Aachen und dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung e.V.

Der Digitalisierungsindex der Gesamtwirtschaft in Deutschland wurde in diesem Jahr erstmalig aktualisiert. Die deutsche Wirtschaft ist 2021 im Vergleich zu 2020 um acht Prozent digitaler. Zu grundlegenden Verschiebungen auf den unterschiedlichen Indexebenen kommt es allerdings nicht. Die Verbesserung der Rahmenbedingungen ist der wesentliche Treiber der zunehmenden Digitalisierung.

Die unternehmensinternen Kategorien steigen weniger stark als die unternehmensexternen Indexkategorien. Die Kategorie „Humankapital“ verbessert sich zum Beispiel besonders stark, da die Fachkräftelücke in Digitalisierungsberufen im Betrachtungszeitraum schrumpft. Die unterschiedliche Digitalisierung der Branchen im vergangenen Jahr ist auch auf den Einfluss der Corona-Pandemie zurückzuführen, die verschiedene Branchen unterschiedlich getroffen hat. Der Index im nächsten Jahr wird zeigen, wie sich die Trends fortsetzen.

Die IKT-Branche führt, wenig überraschend, weiterhin den Branchenvergleich in Deutschland mit 273,5 Indexpunkten deutlich an bei einem Branchendurchschnitt von 105,1 Punkten. Die Branche musste allerdings im vergangenen Jahr einen leichten Rückgang verzeichnen, während andere Branchen, wie der Fahrzeugbau auf dem zweiten Platz mit 187,3 Punkten, aufschließen konnten. Besonders stark, um etwa 20 Indexpunkte, hat sich

ERGEBNISSE DES DIGITALISIERUNGSINDEX NACH BRANCHEN





die Tourismusbranche verbessert. Die letzten Ränge belegen Handel (75,4 Punkte), sonstiges verarbeitendes Gewerbe (72,0 Punkte), Verkehr und Logistik (70,1 Punkte) sowie sonstiges produzierendes Gewerbe (56,0 Punkte). Aber auch diese Branchen haben sich im Jahresvergleich bis auf Verkehr und Logistik verbessert.

Große Unternehmen mit mehr als 250 Beschäftigten sind bei weitem am stärksten digitalisiert im Vergleich zu kleinen und mittleren Unternehmen. Unter den Bundeslandgruppen Nord, Ost, Süd und West behaupten die südlichen Bundesländer Bay-

ern und Baden-Württemberg ihre Spitzenposition und verzeichnen außerdem die stärksten Zugewinne. Die Bundeslandgruppe Ost mit Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen ist im regionalen Vergleich Schlusslicht.

Download der Studie: www.de.digital/DIGITAL/Redaktion/DE/Digitalisierungsindex/Publikationen/publikation-download-zusammenfassung-ergebnisse-digitalisierungsindex-2021.pdf

Prof. Dr. Irene Bertschek, irene.bertschek@zew.de

Informationswirtschaft und verarbeitendes Gewerbe setzen verstärkt auf Crowdfunding

Die Nutzung von Crowdfunding-Plattformen durch Unternehmen in Deutschland ist in den vergangenen Jahren kontinuierlich gestiegen. Wie eine Umfrage unter Unternehmen in Deutschland zeigt, setzten 2020 8,2 Prozent der Unternehmen in der Informationswirtschaft und 6,1 Prozent der Unternehmen im verarbeitenden Gewerbe Crowdfunding ein. Darüber hinaus plante etwa ein Prozent der Unternehmen, bis Ende 2021 mit dem Einsatz von Crowdfunding zu beginnen. Dabei bezeichnet Crowdfunding eine neue Form der plattformbasierten Erwerbsarbeit und ermöglicht es Unternehmen, traditionell unternehmensinterne Aufgaben und Projekte über eine Plattform an externe Arbeitskräfte zu vergeben.

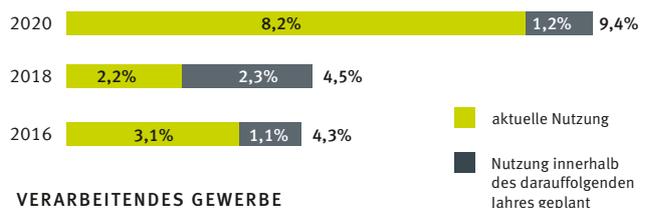
An der Unternehmensbefragung beteiligten sich im September 2020 fast 800 Unternehmen aus dem verarbeitenden Gewerbe und der Informationswirtschaft, welche die IKT-Branche, Mediendienstleister und wissensintensive Dienstleister umfasst. Wie die Ergebnisse verdeutlichen, hat der Einsatz von Crowdfunding in den untersuchten Branchen einen deutlichen Schub erlebt. Im Jahr 2020 setzten 9,4 Prozent der Unternehmen in der Informationswirtschaft Crowdfunding bereits ein oder planten einen Einsatz bis Ende 2021. Im Vergleich haben in der Vergangenheit deutlich weniger Unternehmen Crowdfunding eingesetzt oder einen Einsatz geplant. In der Informationswirtschaft belief sich dieser Anteil im Jahr 2016 noch auf 4,3 Prozent und im Jahr 2018 auf 4,5 Prozent. Im verarbeitenden Gewerbe ist dieser Anteil von 2,0 Prozent im Jahr 2016 und 3,1 Prozent im Jahr 2018 auf aktuell 6,9 Prozent gestiegen. Für den Zeitraum von 2018 bis 2020 ist damit in beiden Sektoren ein deutlicher Schub beim Einsatz von Crowdfunding zu verzeichnen. Da die Befragung im September 2020 durchgeführt wurde, könnte ein Teil dieses Nutzungsanstiegs auch auf Corona-bedingte Anpassungen der Arbeitsorganisation zurückzuführen sein.

Die möglichen Einsatzzwecke für die Arbeitsvergabe über Online-Plattformen sind vielfältig; sowohl für Unternehmen, die Crowdfunding bereits einsetzen, als auch für solche, die Crowd-

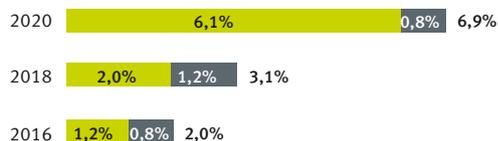
working bislang nicht nutzen. So zählt etwa ein Drittel der Unternehmen in der Informationswirtschaft und im verarbeitenden Gewerbe technische Arbeiten, etwa in Bezug auf Internet, Programmierung und Datenanalyse, zu den möglichen Einsatzzwecken. Fast ebenso viele Unternehmen sehen Potenzial für die Vergabe von kreativen Arbeiten über Crowdfunding-Plattformen, dazu zählen etwa Tätigkeiten in den Bereichen Grafikdesign und

AKTUELLE UND ZUKÜNFTIGE NUTZUNG VON CROWDFUNDING

INFORMATIONSWIRTSCHAFT



VERARBEITENDES GEWERBE



Im September 2020 gaben 8,2 Prozent der Unternehmen in der Informationswirtschaft an, dass sie Crowdfunding einsetzen. Zusätzlich planten 1,2 Prozent der Unternehmen einen Einsatz bis zum Ende des Jahres 2021. Rundungsdifferenzen möglich. Quelle: ZEW

Marketing oder das Verfassen von Texten. Administrative Arbeiten, wie Buchführung, Kundendienst oder Projektmanagement, sind für fast 20 Prozent der Unternehmen ein mögliches Anwendungsgebiet, während sich etwa 15 Prozent die Auslagerung von unterstützenden Datenarbeiten, wie Kategorisierung und Tagging, vorstellen könnten.

Download der ZEW-Kurzexpertise: www.zew.de/PU82883

Dr. Daniel Erdsiek, daniel.erdsiek@zew.de

Nachgefragt: Was macht den ZEW-Index besonders?

„Konjunkturerwartungen sind Frühindikator der zukünftigen Wirtschaftslage“

Wie entwickelt sich die Wirtschaft in den kommenden Monaten? Das untersucht der ZEW-Index, auf den die Öffentlichkeit jeden Monat gespannt wartet. Bereits seit 30 Jahren werden dafür Finanzexperten/-innen aus Banken, Versicherungen und Industrieunternehmen zur aktuellen Konjunkturlage sowie den Konjunkturerwartungen in Deutschland befragt. Die Hintergründe kennt ZEW-Wissenschaftler und Projektleiter des Index, Dr. Michael Schröder, wie kein anderer. Im Interview blickt der Ökonom auf die Anfänge der ZEW-Konjunkturerwartungen, wie der Index eigentlich heißt, und seine Entwicklung zurück.

Wie wurde der ZEW-Index zum Aushängeschild?

Das ZEW Mannheim veröffentlichte seinen Index zum ersten Mal im Dezember 1991. Bis dato gab es keine Umfragen unter Finanzexperten/-innen, welche die Stimmung und Erwartungen zu Finanzmarkt- und makroökonomischen Variablen abfragten. Zunächst herrschte auch wenig Medienrummel um den ZEW-Index. Das änderte sich 2001, als ich gemeinsam mit meinem Forschungskollegen Dr. Felix Hüfner eine wissenschaftliche Untersuchung dazu veröffentlichte. In der Studie zeigten wir, dass sich der Index auch dafür eignet, die tatsächliche Konjunkturerwicklung zu prognostizieren.

Seit diesem Zeitpunkt ist die Umfrage in der Öffentlichkeit, bei Forschungseinrichtungen weltweit und in nationalen wie internationalen Medien bekannt. Die ZEW-Konjunkturerwartungen sind seither ein wichtiger Frühindikator für die zukünftige wirtschaftliche Lage in Deutschland. Mittlerweile untersuchen wir aber auch die Konjunkturerwartungen für Regionen wie die Eurozone, China oder die USA. Außerdem sind wichtige internationale Finanzkennzahlen regelmäßig Gegenstand dieser Befra-

gung: Inflationsraten, Zinsen, Aktienindizes, Wechselkurse sowie der Ölpreis.

Warum befragt ihr Finanzmarktexperten/-innen?

Fachleute, die in Banken, Versicherungen und Finanzabteilungen von Großunternehmen arbeiten und sich mit Entwicklungen auf den internationalen Finanzmärkten befassen, benötigen in ihrem beruflichen Alltag eine Einschätzung der Konjunkturerwicklung in den wichtigsten Ländern weltweit.

Indem wir diese Finanzmarktexperten/-innen nach ihrer Einschätzung der Gesamtkonjunktur verschiedener Länder und Regionen befragen, benötigen wir im Schnitt nur rund 200 Teilnehmer/innen, um ein repräsentatives Bild zu erhalten. Wenn man hingegen einzelne Unternehmen befragt, benötigt man ein viel größeres Panel mit mehreren Tausend Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus unterschiedlichen Bereichen. Der andere Grund ist, dass es damals, als unsere Umfrage startete, hauptsächlich Befragungen unter Volkswirten/-innen und Vertretern/-innen von Unternehmen gab. Dass Personen aus dem Finanzmarktsektor befragt wurden, war eine Neuheit.

Reagieren Finanzmärkte auf die Index-Veröffentlichungen?

Es gibt Studien, die zeigen, dass unerwartet hohe oder niedrige Konjunkturerwartungen Reaktionen an den Finanzmärkten auslösen können, beispielsweise beim Deutschen Aktienindex (Dax) oder beim Bund-Future. Diese Veränderungen werden relativ schnell, in der Regel innerhalb von einigen Sekunden oder Minuten, in die Kursbildung einbezogen. Darüber hinaus gibt es zahlreiche Studien, die sich damit befassen, wie die Finanzmarktexperten/-innen ihre Erwartungen bilden und an neue Informationen anpassen.

Wie könnt ihr nachvollziehen, welche Ereignisse Schwankungen in den Konjunkturprognosen verursachen?

Um die Ursachen für Veränderungen der ZEW-Erwartungen besser zu verstehen, stellen wir auch gezielt Sonderfragen zu aktuellen Entwicklungen. Zum Beispiel haben wir in letzter Zeit Sonderfragen zur Inflation, der Bundestagswahl oder der Corona-Pandemie gestellt. Das hilft uns zu verstehen, wie Finanzmarktexperten/-innen solche Ereignisse einschätzen und wie sich das auf die Erwartungen auswirken könnte. Dabei fragen wir auch explizit danach, wie Fachleute zu ihrer jeweiligen Konjunkturprognose kommen. Exportmärkte, Lohnentwicklung und Rohstoffpreise spielen eine wichtige Rolle. Speziell für Deutschland werden auch die prognostizierte Ertragsentwicklung für wichtige Wirtschaftssektoren, wie etwa der Autoindustrie, abgefragt. Durch solche branchenbezogenen Fragen können wir sehen, ob es zum Beispiel im Automobilsektor tendenziell eher nach oben oder unten geht, ob es im Bankensektor oder der Baubranche kriselt oder ob der derzeitige Konsum ursächlich für veränderte Konjunkturprognosen ist.



Dr. Michael Schröder

arbeitet seit 1995 am ZEW Mannheim. Er ist Senior Researcher im Forschungsbereich „Internationale Finanzmärkte und Finanzmanagement“. Schröders zentrale Forschungsgebiete in der empirischen Kapitalmarktanalyse sind die Erwartungsbildung auf Finanzmärkten

und nachhaltige Kapitalanlagen. Vor seiner Tätigkeit am ZEW Mannheim arbeitete er unter anderem an der Universität Mannheim, der Frankfurt School of Finance & Management und bei einer internationalen Investmentbank in Frankfurt am Main im Investment Research.

michael.schroeder@zew.de

Festakt zum 30-jährigen Jubiläum des ZEW

Welche Rolle spielen Wirtschaftsforschungsinstitute im Hinblick auf die wirtschaftspolitischen Herausforderungen für Deutschland und Europa? Mit dieser Frage beschäftigten sich am 8. November 2021 die Teilnehmer/innen an einer Podiumsdiskussion aus Anlass des 30-jährigen Bestehens des ZEW Mannheim. Mit ZEW-Präsident Prof. Achim Wambach, PhD, diskutierten über dieses Thema Dr. Guntram Wolff, Direktor vom europäischen Think Tank Bruegel, sowie Priv.-Doz. Dr. Monika Köppl-Turyna, Direktorin vom österreichischen Wirtschaftsforschungsinstitut EcoAustria. Moderiert wurde die Diskussionsrunde von Silke Wettach von der Wirtschaftswoche.

In seiner Begrüßungsansprache spannte Achim Wambach einen Bogen vom ZEW als Wirtschaftsforschungsinstitut, das im Gründungsjahr 1991 mit seiner empirischen Forschungsarbeit seiner Zeit voraus war, bis hin zum ZEW heute, wo es zu den wichtigsten Wirtschaftsforschungsinstituten in Deutschland und Europa zählt. „Nicht nur mit der zunehmenden Relevanz von Daten werden sich die Wirtschaftsforschungsinstitute in Zukunft befassen müssen, sondern auch mit der stärkeren Bedeutung von Teamarbeit sowie mit dem Transfer von Forschungsergebnissen“, so Achim Wambach. Der ZEW-Präsident gratulierte zudem Prof. Dr. Friedrich Heinemann, Leiter des ZEW-Forschungsbereichs „Unternehmensbesteuerung und Öffentliche Finanzwirtschaft“, für 30 Jahre erfolgreicher Forschungs- und Zusammenarbeit am ZEW. Mit seiner umfassenden Expertise habe er seit 1991 maßgeblich dazu beigetragen, das ZEW weithin sichtbar aufzustellen.

Die Exzellenz des ZEW und die seiner Wissenschaftler/innen stellte Dr. Georg Müller, Vorstandsvorsitzender des ZEW-Förderkreises Wissenschaft und Praxis e.V., in den Mittelpunkt seines Festvortrags. Den Erkenntnissen, die unter der Marke ZEW publiziert werden, kämen eine hohe Relevanzvermutung zu. Müller appellierte ans ZEW, nicht nachzulassen und auch in Zukunft seine Stimme in öffentliche Debatten einzubringen.

Zum Jubiläum gratulierten zudem der Bundesminister für Wirtschaft und Energie, Peter Altmaier, sowie der Ministerpräsident von Baden-Württemberg, Winfried Kretschmann, via Video-Grußbotschaften. Als „kraftvoll, dynamisch und auf der Höhe der Zeit“, beschrieb Kretschmann das ZEW, und Altmaier wünschte sich, dass die Arbeit des ZEW auch in Zukunft weiterhin Eingang in die politische Beratung findet.

Ein zentraler Programmpunkt der Jubiläumsveranstaltung war außerdem die Podiumsdiskussion über das Thema: „Nach den Bundestagswahlen. Wirtschaftspolitische Herausforderungen für Deutschland und Europa – Beitrag der Wirtschaftsforschungsinstitute“. Eine große Herausforderung für die Wirtschaftsforschungsinstitute, so Achim Wambach und Guntram Wolff, sei der Transfer von Forschungsergebnissen von der Wissenschaft zur Politik. Hier gebe es oft einen Zielkonflikt zwischen den Anforderungen der Politik und der Wissenschaft. Es sei in vielen Fällen eine Abwägung erforderlich. Gleichzeitig sei die Zusam-

menarbeit zwischen Politik und Wissenschaft aufgrund der enormen wirtschaftspolitischen Herausforderungen für Deutschland und Europa wichtiger denn je.

Europa, Green Deal und das Problem mit Greenwashing

Die Europäische Union (EU) war nach Ansicht der Diskussteilnehmenden im zurückliegenden Bundestagswahlkampf ein zu wenig beachtetes Thema. Trotz seiner immensen Bedeutung habe Europa bei der Bundestagswahl nur eine geringe Rolle gespielt. Als wirtschaftliches Schwergewicht ist Deutschlands Positionierung zu verschiedenen EU-Themen jedoch maßgeblich – gerade auch vor dem Hintergrund eines wachsenden Protektionismus und Nationalismus in verschiedenen Mitgliedstaaten. „Es wäre deshalb jetzt umso wichtiger, die Vorteile der EU und des freien Handels wieder mehr in die Diskussion einzubringen“, erklärte Monika Köppl-Turyna.



Zur 30-jährigen Jubiläumsfeier hat das ZEW eingeladen. Von links nach rechts: Dr. Georg Müller, Prof. Achim Wambach, PhD, Priv.-Doz. Dr. Monika Köppl-Turyna, Dr. Guntram B. Wolff, Silke Wettach und Thomas Kohl.

Beim Thema Klimawandel sei die EU mit dem Green Deal einen entscheidenden Schritt in Richtung Zukunftssicherung gegangen. Bereits jetzt zeichneten sich Umgehungsversuche ab, etwa beim sogenannten Greenwashing. Guntram Wolff sprach sich dafür aus, klare Standards und einheitliche Zertifikate zu etablieren, um Greenwashing zu verhindern. Mit Bezug auf das „Fit-for-55“-Programm der EU sagte Achim Wambach: „Deutschland muss dazu eine klare Aussage treffen. Wenn es dazu keine einheitliche Position bei der Regierung gibt, weil die Koalitionspartner sich nicht einigen können, dann bremst Deutschland den europäischen Entscheidungsprozess ab.“

Weitere Eindrücke aus 30 Jahren ZEW Mannheim gibt es in unserem Jubiläumsvideo: <https://youtu.be/w85jwvhN5No>

Ruprecht Hammerschmidt, ruprecht.hammerschmidt@zew.de

Neuorientierung der internationalen Unternehmensbesteuerung im Blick

Wie können wir sicherstellen, dass alle Wirtschaftsakteure – inklusive der großen Konzerne – ihren fairen Beitrag zur Finanzierung des Allgemeinwesens beitragen? Wie soll dieses Steueraufkommen gerade im Hinblick auf internationale Wertschöpfungsketten und weltweite Verbraucher unter den Ländern aufgeteilt werden? Viele Themen der diesjährigen MannheimTaxation-Konferenz vom ZEW Mannheim standen ganz unter dem Stern der zurzeit stark diskutierten Neuorientierung der internationalen Unternehmensbesteuerung. Mehr als 200 Experten/-innen diskutierten diesen Themenkomplex in 16 Sessions und 48 Vorträgen, alles im komplett virtuellen Format.

Einen umfassenden Überblick über vergangene und andauernde Bestrebungen zur Harmonisierung der internationalen Steuersysteme gab Professor Wolfgang Schön, Direktor des Max-Planck-Instituts für Steuerrecht und Öffentliche Finanzen. Sein Vortrag befasste sich nicht nur mit den eingesetzten und viel diskutierten steuerlichen Instrumenten, sondern auch mit der politischen Umsetzung und Durchsetzbarkeit auf internationaler Ebene. Hierzu ist vor allem die neue und verstärkte Rolle der Gruppe der zwanzig wichtigsten Industrie- und Schwellenländer (G20) zu nennen, die maßgeblich die jüngsten Bestrebungen zu einer globalen Mindeststeuer für international agierende Unternehmen vorantreiben.

In der zweiten Keynote referierte Professor Florian Scheuer, Universität Zürich, über die Besteuerung von Unternehmen und deren Bedeutung für Start-ups. Die derzeit geführte Diskussion zur Besteuerung von Unternehmen ist durch Beispiele geprägt, in denen sehr große, international agierende Unternehmen offensichtlich zu wenig oder ungerecht verteilte Steuern zahlen. Jedoch wird hierbei nicht beachtet, dass ein Großteil der Innovationskraft und somit auch der Wirtschaftsleistung von Volkswirt-



Professor Florian Scheuer referierte bei der achten MannheimTaxation-Jahreskonferenz.

schaften auf kleinen, innovativen Unternehmen beruht. Solche Start-ups und deren Beschäftigte gehen oftmals große Risiken ein, um ein neues Produkt zu entwickeln oder einen bestimmten Markt grundsätzlich neu zu gestalten. Darüber hinaus unterliegen diese Unternehmen oft harten finanziellen Beschränkungen, sodass eine zusätzliche Besteuerung eine hohe Bürde für Start-ups darstellt. Aus diesem Grund können höhere Steuern dazu führen, dass Start-ups erst gar nicht gegründet werden. Die Folge ist ein Rückgang der Innovationstätigkeit in den betroffenen Volkswirtschaften. Anhand umfangreicher Daten analysierte Professor Scheuer die Reaktionen von Start-ups auf Änderungen im Steuersystem. Er machte in seinem Vortrag klar, dass die Besteuerung von Unternehmen auch auf die Innovationstätigkeit von kleinen Start-ups starke Auswirkungen hat.

ZEW-Ökonom Vitali Gretschko gehört zu den Top 40 unter 40

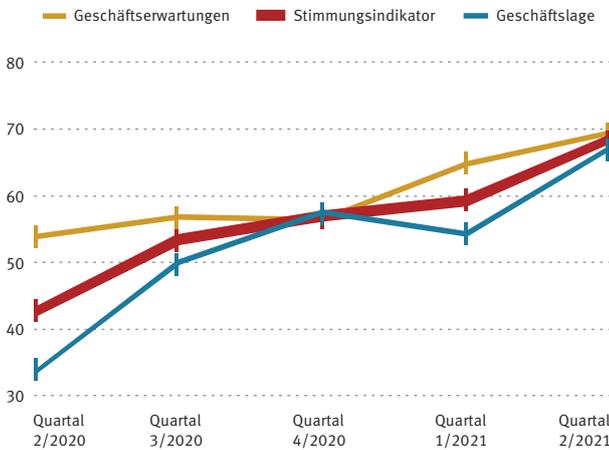
Das Wirtschaftsmagazin Capital kürt ZEW-Ökonom Prof. Dr. Vitali Gretschko zum „Top 40 unter 40“-Talent aus Wissenschaft und Gesellschaft. Der Leiter des Forschungsbereichs „Marktdesign“ am ZEW Mannheim gehört für Capital damit zu den wichtigsten Talenten aus Wirtschaft, Politik, Wissenschaft und Gesellschaft, die unser Land prägen.

„Unser Ziel ist es, die Erkenntnisse aus unserer Forschung in die Praxis zu tragen“, bekräftigt Gretschko. So beschäftigt sein Team sich mit praxisnahen Fragen, wie etwa der effizienten Ausgestaltung von Auktionen wie im Mobilfunk-Bereich und in der Beschaffung oder mit sogenannten „Matchingmärkten“ bei der Zuteilung von Kitaplätzen und Lebensmittelspenden, in denen eine reine Steuerung über Preismechanismen nicht möglich oder gesellschaftlich nicht erwünscht ist. Ganz aktuell untersucht das Team die Frage, wie Energiemärkte der Zukunft aussehen können. Wir gratulieren Vitali Gretschko zur Auszeichnung „Junge Elite – die Top 40 unter 40“!



Vitali Gretschko erhält die Auszeichnung „Junge Elite – die Top 40 unter 40“.

Leichter Dämpfer in der Informationswirtschaft



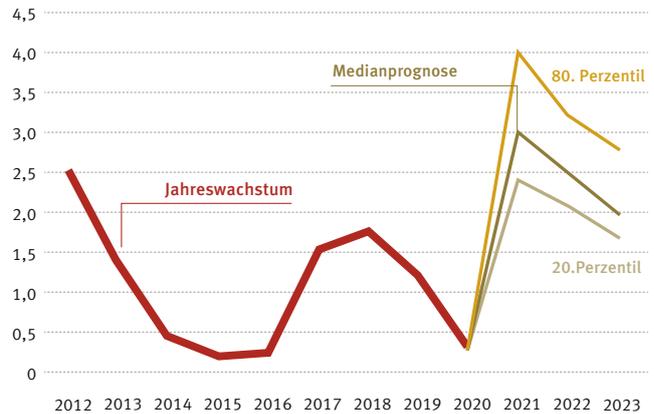
Lesehilfe: Der ZEW Stimmungsindikator Informationswirtschaft sinkt im Vergleich zum Vorquartal um 3,8 Punkte und erreicht im dritten Quartal 2021 einen Wert von 64,6 Punkten. Der Teilindikator für die Geschäftserwartungen für das vierte Quartal 2021 fällt auf einen Wert von 65,2 Punkten und der Teilindikator für die aktuelle Geschäftslage fällt auf 64 Punkte. Quelle: ZEW

Die konjunkturelle Stimmung bei den Unternehmen in der Informationswirtschaft hat sich im dritten Quartal 2021 leicht eingetrübt. Nachdem sich das wirtschaftliche Klima zuvor seit dem dritten Quartal 2020 stetig verbessert hatte, ist der ZEW Stimmungsindikator für die Informationswirtschaft erstmals wieder gesunken. Im Vergleich zum Vorquartal verliert er fast vier Punkte und erreicht einen Stand von 64,6 Punkten. Damit signalisiert der Indikator aber dennoch, dass die Mehrheit der Unternehmen in der Informationswirtschaft die konjunkturelle Entwicklung weiterhin optimistisch bewertet. Der Rückgang des Indikators geht in etwa zu gleichen Teilen auf eine Verschlechterung der Teilindikatoren für die Geschäftslage und für die Geschäftserwartungen zurück. Der Teilindikator für die Geschäftslage fällt um etwa drei Punkte und der Teilindikator für die Erwartungen um etwa vier Punkte. Beide Teilindikatoren erreichen weiterhin einen vergleichsweise hohen Stand von knapp 65 Punkten.

Vincent Rost, vincent.rost@zew.de

Inflationsraten mittelfristig über zwei Prozent erwartet

PUNKTPROGNOSE DER JÄHRLICHEN INFLATIONSRATE IM EURORAUM (PROZENTUALE VERÄNDERUNG DER DURCHSCHNITTLICHEN JAHRES-WACHSTUMSRATE DES HICP)



Quelle: ZEW

Die Mehrheit der im November befragten Finanzmarktexperten/-innen gehen davon aus, dass die Inflationsrate in der Eurozone 2021 das EZB-Inflationsziel von zwei Prozent überschreiten wird. Probleme bei internationalen Lieferketten, Rohstoffknappheit und hohe Energiepreise sollen aber bis 2023 als Inflationstreiber unbedeutender werden. Die mittleren Prognosen betragen 3,2 Prozent für 2021, 2,7 Prozent für 2022 und 2,2 Prozent für 2023. Die Medianprognose liegt bei drei Prozent, wobei die niedrigsten (höchsten) 20 Prozent der abgegebenen Inflationsprognosen kleiner (größer) als 2,4 Prozent (4,0 Prozent) sind. Für die Jahre 2022 und 2023 liegen die Medianprognosen niedriger, nämlich bei 2,5 bzw. 2,0 Prozent. Verglichen mit der letzten Sonderfrage zur Inflation in der Eurozone im August 2021 haben die Experten/-innen damit ihre Medianprognosen für die Jahre 2021 und 2022 um 0,5 Prozentpunkte nach oben korrigiert, während die Prognosen für 2023 unverändert bleiben.

Thibault Cézanne, Thibault.Cezanne@zew.de



MaCCI-Jahreskonferenz 2022

Das Mannheim Centre for Competition and Innovation (MaCCI), eine gemeinsame Initiative des ZEW und der Universität Mannheim, veranstaltet am 24. und 25. März 2022 seine Jahreskonferenz. Ziel der Konferenz ist es, eine Plattform für Austausch und Diskussion zu Forschungsthemen in den Bereichen Wettbewerb und Innovation zwischen Wissenschaftlern/-innen und Vertretern/-innen öffentlicher Behörden, Rechts- und Wirtschaftsberatungen zu schaffen. Der Hauptredner ist John Asker (UCLA). Weitere Informationen zur Veranstaltung: www.zew.de/VA3665

Call for Papers

Das ZEW Mannheim veranstaltet am 5. und 6. Mai 2022 seine jährliche Public-Finance-Konferenz. Die Veranstaltung soll als Präsenzevent in Mannheim stattfinden. Schwerpunktthema der Keynote-Vorträge im Jahr 2022 ist die Forschung zur Rolle des Staats für Innovationen. Papiere zur Konferenz können bis zum 18. Februar 2022 aus allen Bereichen mit Bezug zur Finanzwissenschaft eingereicht werden. Dabei sind sowohl theoretische als auch empirische Einreichungen willkommen. Die Bekanntgabe der Ergebnisse erfolgt Anfang März 2022. Weitere Informationen zur Konferenz: www.zew.de/VA3661



Photo: Anna Logue

Mehr Europa wagen

Die Klimapolitik steht im Zentrum des Koalitionsvertrags der drei Ampel-Parteien. Die wesentlichen Weichenstellungen für die Transformation werden allerdings in Brüssel im Rahmen des „Fit for 55“-Programms und nicht in Berlin ausgehandelt. Die Maßnahmen werden unmittelbare Konsequenzen für die Klimapolitik in Deutschland haben.

Ursula von der Leyen hatte im Dezember 2019 den European Green Deal angekündigt. Im Juli dieses Jahres wurde nun das Tausende Seiten starke Maßnahmenpaket „Fit for 55“ vorgelegt, das dazu beitragen soll, die ambitionierten Ziele zur Reduktion von Treibhausgasemissionen umzusetzen. Wesentlicher Baustein ist die Schaffung eines zweiten Emissionszertifikatehandels für die Sektoren Verkehr und Gebäude. Gemeinsam mit der geplanten Erweiterung des bereits bestehenden Emissionszertifikatehandels für Energie und Industrie wären dann gut 80 Prozent der Emissionen in Europa mit Zertifikaten belegt. Da die Anzahl der Zertifikate so ausgelegt ist, dass sie den Reduktionszielen der EU entsprechen, wäre damit weitgehend sichergestellt, dass diese auch erreicht werden.

Dies wird ein europäischer Kraftakt werden. Der derzeitige Zertifikatspreis in den Sektoren Energie und Industrie liegt bei etwa 60 Euro pro Tonne CO₂. Eine Simulation des ZEW zum Vorschlag der Europäischen Kommission zeigt, dass bei der aktuell geplanten Aufteilung der Reduktionen der Preis bei den Sektoren Verkehr und Gebäude auf mehr als 300 Euro steigen könnte. Zur Orientierung: Der Benzinpreis würde dann um etwa 85 Cent pro Liter steigen. Die Studie zeigt, dass eine effizientere Verteilung der Reduktionen auf die Sektoren, nämlich mehr Reduktionen bei Energie und Industrie und weniger bei dem „teureren“ Sektor Verkehr und Wärme, zu einer gleichmäßigeren Belastung und damit insgesamt zu Kostensparnissen von bis zu einem Prozent des BIP jährlich führen würde.

Diese Aufteilung der Reduktionen auf die Sektoren, und noch grundlegender die Frage, ob es überhaupt zu einem zweiten Emissionshandel kommt, sind derzeit Bestandteil der Verhandlungen auf der europäischen Ebene. Einige Länder wie Frankreich sind noch nicht überzeugt. Es ist gut, dass sich die drei Parteien im Koalitionsver-

trag für diesen zweiten europäischen Emissionshandel aussprechen. Deutschland hat bereits einen nationalen zweiten Emissionshandel für die Sektoren Verkehr und Gebäude eingeführt. Eine Ausweitung auf Europa würde durch die internationale Dimension Effizienzvorteile schaffen – Reduktionen fänden dann dort in Europa statt, wo es am günstigsten ist.

Eine konsistente europäische Klimapolitik hat auch Folgen für die nationalen Klimaschutzpläne. Da durch die beiden Emissionshandelssysteme das europäische Reduktionsziel weitgehend – mit Ausnahme der Landwirtschaft – gewährleistet wäre, würde die Erreichung nationaler Ziele zweitrangig. Wenn ein Land mehr reduziert, wird ein anderes weniger reduzieren – benötigt ein Land weniger Zertifikate, stehen dem anderen mehr zur Verfügung. Noch mehr verlieren die nationalen Sektorziele an Relevanz – sie können zwar der Orientierung dienen, binden aber Politik und Unternehmen in ein zu enges und kostspieliges Korsett ohne (europäische) Klimawirkung, wenn sie zu kleinteilig verfolgt werden. Insofern ist es zu begrüßen, dass die drei Koalitionsparteien sich darauf geeinigt haben, auf eine jährliche sanktionsbewehrte Kontrolle der Sektorziele zu verzichten.

Bei einer erfolgreichen Umsetzung der europäischen Klimamaßnahmen verschiebt sich die Rangordnung der politischen Entscheidungsebenen in der Klimapolitik: Europa ist dann mit den beiden Emissionshandelssystemen für die Erreichung der europäischen Klimaziele verantwortlich. Deutschland muss sicherstellen, dass diese europäische Zielerreichung auch gesellschaftlich und technisch möglich wird. Transformationsbegleitende Maßnahmen und insbesondere der Ausbau der Energieinfrastrukturen sowie der Ladeinfrastruktur stehen an vorderster Stelle. Der im neuen Koalitionsvertrag festgeschriebene beschleunigte Netzausbau, das Ziel von einer Million öffentlichen Ladepunkten bis 2030, wie auch die angestrebte Beschleunigung der Planungs- und Genehmigungsverfahren für erneuerbare Energien sind dabei wesentlich. Eine akribische Verfolgung nationaler Emissionsziele dagegen weniger.

ZEW-Präsident Prof. Achim Wambach, PhD

ZEW

ZEW news – erscheint zehnmal jährlich

Herausgeber: ZEW – Leibniz-Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH Mannheim
L 7, 1 · 68161 Mannheim · www.zew.de

Präsident: Prof. Achim Wambach, PhD · Geschäftsführer: Thomas Kohl

Redaktion: Sabine Elbert · Telefon +49 621 1235-133 · sabine.elbert@zew.de
Ruprecht Hammerschmidt · Telefon +49 621 1235-132 · ruprecht.hammerschmidt@zew.de
Lisa Rath · Telefon +49 621 1235-316 · lisa.rath@zew.de

Nachdruck und sonstige Verbreitung (auch auszugsweise): mit Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars

© ZEW – Leibniz-Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH Mannheim, 2021